

**Protokoll
über die 2. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales am 11.09.2014**

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:30 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Multifunktionsraum (E 070)

Anwesenheit

Vorsitzender

Hoppe, Eberhard entsandt durch SPD-Fraktion

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Riedel, Georg-Christian entsandt durch CDU-Fraktion

ordentliche Mitglieder

Federau, Petra entsandt durch ZG AfD
Frank, Martin entsandt durch Fraktion DIE LINKE
Gajek, Lothar entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Grosch, Peter entsandt durch CDU-Fraktion
Masch, Christian entsandt durch SPD-Fraktion

stellvertretende Mitglieder

Leppin, Patricia

Verwaltung

Jäger, Stefan
Meer, Ludger

Gäste

Klemkow, Gret-Doris

Leitung: Eberhard Hoppe

Schriftführer: Caren Gospodarek-Schwenk

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der Konstituierenden Sitzung vom 10.07.2014 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)
 - 4.1. Stellungnahme der Oberbürgermeisterin zum Bericht des Beratenden Beauftragten für die Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 00040/2014
5. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)
 - 5.1. Einführung der Ehrenamts-Card
Vorlage: 01852/2014
 - 5.2. Begrüßungspaket für neue Einwohner mit Hauptwohnsitz in Schwerin
Vorlage: 01902/2014
6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Der Vorsitzende, Herr Hoppe, begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die

Vertreter der Verwaltung sowie die anwesenden Gäste und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der TOP 8.1 „Akteneinsicht Wohnungslosenunterkunft“ aufgrund Verhinderung von Frau Herweg entfallen muss. Die Ausschussmitglieder verständigen sich auf eine erneute Einladung von Frau Herweg in die nächste Ausschusssitzung und die Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Akteneinsicht Wohnungslosenunterkunft“ auf deren Tagesordnung im nicht öffentlichen Teil.

Beschluss:

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der Konstituierenden Sitzung vom 10.07.2014 (öffentlicher Teil)

Beschluss:

Die Niederschrift der konstituierenden Sitzung vom 10.07.2014 (öffentlicher Teil) wird ohne Änderungen und Ergänzungen bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Der Vorsitzende des Ausschusses begrüßt Frau Patricia Leppin und verpflichtet diese als sachkundige Bürgerin des Ausschusses.

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

Herr Meer stellt Herrn Jäger als neuen Abteilungsleiter im Amt 50 vor.

Herr Meer und Herr Jäger informieren über die Überarbeitung der „Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB II Leistungen für Unterkunft und Heizung“ der Landeshauptstadt Schwerin und führen zu den Gründen der Überarbeitung aus. Herr Jäger reicht schriftliche Erläuterungen zu Protokoll. Die Ausschussmitglieder bitten um regelmäßigen Bericht zum Sachstand der Überarbeitung in den Ausschusssitzungen.

Herr Masch fragt nach der Inanspruchnahme der Mittel nach § 1 Abs. 6 Sozialhilfefinanzierungsgesetz. Herr Meer erklärt hierzu, dass die auf Schwerin entfallenden Mittel i. H. v. rd. 94.000 € zur Pflegesozialplanung eingesetzt werden

sollen. Vier Institute sind um Angebote gebeten worden.

Frau Gospodarek-Schwenk erläutert auf Nachfrage, dass im Einschulungsverfahren für das Schuljahr 2014/2015 keine offenen Widerspruchs- oder Klageverfahren mehr anhängig sind. Die Verfahren konnten ohne Verwaltungs- oder Gerichtsentscheidung im Interesse der Eltern beendet werden. Die ersten Hinweise zum Einschulungsverfahren 2015/2016 sind im Internet veröffentlicht. Die Verwaltung strebt eine zügigere Information der Eltern zu den Aussichten die Einschulung an der Wahlschule zu erhalten an. Herr Buck weist in diesem Zusammenhang auf mögliche Kapazitätsveränderungen an den Grundschulen hin.

Frau Gospodarek-Schwenk informiert über die erfolgte Beteiligung der Landeshauptstadt Schwerin an dem Interessenbekundungsverfahren für das Bundesprogramm „Jugend STÄRKEN im Quartier“. Umgesetzt werden sollen die Bausteine „case-management“ und „niederschwellige Beratung“. Die erforderliche Kofinanzierung soll sowohl durch kommunale Mittel als auch durch eine Personalgestellung in Höhe von 0,5 VbE des Amtes 49 erfolgen. Die Entscheidung, ob Schwerin sich an dem Programm beteiligen kann, ist im November zu erwarten.

zu 4 Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

zu 4.1 Stellungnahme der Oberbürgermeisterin zum Bericht des Beratenden Beauftragten für die Landeshauptstadt Schwerin Vorlage: 00040/2014

Bemerkungen:

Der Vorsitzende informiert darüber, dass in der Sitzung des Hauptausschusses am 09.09.2014 eine Änderung zu Punkt 2 der Beschlussvorlage einstimmig beschlossen wurde und der Hauptausschuss der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung empfiehlt:

1. Die Stadtvertretung nimmt den Bericht des Beratenden Beauftragten – Stand 27.05.2014 – (Anlage 1) und die Stellungnahme der Verwaltung – Stand 31.07.2014 – (Anlage 2) zur Kenntnis.
2. Die Stadtvertretung schließt sich den Inhalten der Verwaltungsstellungnahme an und beauftragt die Oberbürgermeisterin, das Ministerium für Inneres und Sport entsprechend zu unterrichten.
3. Die Stadtvertretung nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die Beratungstätigkeit des Beauftragten im Bereich Jugendhilfe fortgesetzt werden soll. Sie nimmt ferner zur Kenntnis, dass die Prüffthematik „Anpassung der Stellenanpassung der Stadtverwaltung“ noch weiter bearbeitet wird. Dazu wird eine Arbeitsgruppe bestehend aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Beauftragten, der Stadtverwaltung und des Personalrates der Stadtverwaltung gebildet.

4. Die Stadtvertretung nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die Oberbürgermeisterin beabsichtigt, den umliegenden Landkreisen das Angebot zu unterbreiten, bezüglich aller städtischer Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises (Anlage 3) in eine Prüfung einzutreten, ob diese zukünftig effektiver in Form interkommunaler Zusammenarbeit erledigt werden können.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Stellungnahme der Oberbürgermeisterin zum Bericht des Beratenden Beauftragten für die Landeshauptstadt Schwerin in der Form der im Hauptausschuss beschlossenen Änderung zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	2

zu 5 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

**zu 5.1 Einführung der Ehrenamts-Card
Vorlage: 01852/2014**

Bemerkungen:

Herr Masch bringt die Vorlage ein. Er weist darauf hin, dass der Antrag durch die SPD-Fraktion am 08.09.2014 neu gefasst wurde.

Frau Leppin fragt nach den Finanzierungsmöglichkeiten der Ehrenamts-Card.

Herr Masch verweist hierzu auf den Antrag.

Da der Antrag in seiner geänderten Fassung nicht allen Ausschussmitgliedern vorliegt, schlägt Herr Frank die Verschiebung des Antrages in die nächste Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vor.

Die Ausschussmitglieder stimmen der Verschiebung einstimmig zu.

**zu 5.2 Begrüßungspaket für neue Einwohner mit Hauptwohnsitz in Schwerin
Vorlage: 01902/2014**

Bemerkungen:

Herr Riedel führt für die CDU-Fraktion in die Vorlage ein. Frau Leppin erkundigt sich, ob es bereits Kontakte zu Unternehmen hinsichtlich möglicher Vergünstigungen gegeben hat.

Frau Gospodarek-Schwenk weist darauf hin, dass es bei dem Zuzug von Auszubildenden durch einen möglichen Wegfall von

Schullastenausgleichszahlungen im TH 5 zu Mindereinnahmen kommen könnte, Herr Buck ergänzt dahingehend, dass es bei Auszubildenden, die eine schulische Ausbildung an Schulen in freier Trägerschaft absolvieren, zu einer Mehraufwendung durch Zahlung des Schullastenausgleichs an die Schulen in

privater Trägerschaft kommen könnte.

Die Frage der Kompensation der Mehraufwendungen durch die erhöhte Schlüsselzuweisung wird diskutiert, aber nicht abschließend beantwortet.

Herr Gajek schlägt die Verschiebung des Antrages in die nächste Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vor.

Die Ausschussmitglieder stimmen der Verschiebung bei einer Gegenstimme zu.

Die Verwaltung wird gebeten, die Aussagen zu den finanziellen Auswirkungen des Antrags in ihrer Stellungnahme zu der nächsten Ausschusssitzung zu ergänzen und zu präzisieren.

zu 6 Sonstiges

gez. Eberhard Hoppe

Vorsitzende/r

gez. Caren Gospodarek-
Schwenk

Protokollführer/in